



Stadt Ingolstadt Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien

Sitzungsort: Neues Rathaus, Großer Sitzungssaal, II. OG		Sitzung-Nr.: SGA/04/2024
Sitzungsdatum: Donnerstag, 04.07.2024	Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr	Sitzungsende: 18:43 Uhr

Teilnehmerverzeichnis

Vorsitz	
Bürgermeisterin Petra Kleine	
Ausschussmitglieder	
Frau Stadträtin Brigitte Mader	
Herr Stadtrat Robert Schidlmeier	
Herr Stadtrat Dr. Michael Kern	
Herr Stadtrat Hans-Joachim Werner	
Frau Stadträtin Petra Volkwein	
Frau Stadträtin Maria Segerer	anwesend bis 18:33 Uhr TOP 11
Frau Stadträtin Agnes Krumwiede	anwesend bis 18:05 Uhr TOP 7
Frau Stadträtin Angela Mayr	
Herr Stadtrat Lukas Rehm	
Frau Stadträtin Francesca Pane	
Herr Stadtrat Karl Ettinger	
Herr Stadtrat Georg Niedermeier	
Berufsmäßige Stadträte	
Herr Dirk Müller	
Herr Isfried Fischer	
Herr Prof. Dr. Georg Rosenfeld	

Tagesordnung:

Eingangs der Sitzung findet die Beratung in nichtöffentlicher Sitzung darüber statt, welche Tagesordnungspunkte der nichtöffentlichen Sitzung zugewiesen werden.

Öffentliche Sitzung	4
1. Jahresabschluss und Bericht über die Erfüllung des Stiftungszwecks der Exzellenzstiftung Ingolstädter Wissenschaft - Ignaz Kögler für das Jahr 2023 (Referent: Herr Müller) Vorlage: V0392/24	4
2. Antidiskriminierungsstelle der Stadt; Bericht nach der Pilotphase und Fortführung - mündlicher Bericht von der Gleichstellungsbeauftragten Barbara Deimel Vorlage: V0399/24 hierzu liegt eine Stellungnahme des Migrationsrates vor.	4 7
3. Jahresabschlüsse der Waisenhausstiftung Ingolstadt und des Peter-Steuart-Hauses für das Jahr 2023 (Referent: Herr Müller) Vorlage: V0402/24	7
4. Halbjahresbericht 2024 mit betriebswirtschaftlichem Bericht 01.01. - 31.03.2024 zum operativen Geschäft der Waisenhausstiftung (Referent: Herr Müller) Vorlage: V0405/24	12
5. Jobcenter - Jahres- und Eingliederungsbericht 2023 (Referent: Herr Fischer) Vorlage: V0284/24	13
6. Job-Turbo für Ukrainer in Ingolstadt zünden Antrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU vom 07.03.2024 Vorlage: V0212/24 Stellungnahme der Verwaltung (Referent: Herr Fischer) Vorlage: V0300/24	16 16 17
7. Möglichkeiten der Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber wieder nutzen Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 05.03.2024 Vorlage: V0193/24 Stellungnahme der Verwaltung (Referent: Herr Fischer) Vorlage: V0384/24	18 18 19
8. Arbeitspflicht für Flüchtlinge für gemeinnützige Arbeiten in Ingolstadt Antrag der AfD-Stadtratsfraktion vom 29.02.2024 Vorlage: V0190/24 Stellungnahme der Verwaltung (Referent: Herr Fischer) Vorlage: V0385/24	23 23 24
9. Präsentation der Ergebnisse der Umfrage zum Ehrenamtsabend und Empfehlungen zur Verbesserung der Unterstützung für Ehrenamtliche Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 20.09.2023 Vorlage: V0837/23 Stellungnahme der Verwaltung (Referent: Herr Fischer) Vorlage: V0374/24	24 24 25
10. Pflegebedarfsanalyse und Pflegebedarfsprognose (Referent: Herr Fischer) Vorlage: V0360/24	26
11. Aufbau von Pflegekonferenzen nach § 8a Abs. 3 SGB XI i.V.m. Art. 77 a Abs. 2 AGSG und Einrichtung aufsuchender Seniorenarbeit mit Fördermöglichkeit über die Richtlinie zur Stärkung der Pflege im sozialen Nahraum (GutePflegeFör) vom 22.09.2023 (Referent: Herr Fischer) Vorlage: V0330/24 hierzu: Gründung einer Ingolstädter Pflegekonferenz -Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 11.06.2024- Vorlage: V0424/24	28 31

Bürgermeisterin Kleine eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien ordnungsgemäß geladen wurde und 12 Mitglieder erschienen sind. Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien ist damit beschlussfähig.

Mit nachstehenden Änderungen zur Tagesordnung besteht Einverständnis.

Öffentliche Sitzung

Die Tagesordnung soll wie folgt **geändert** werden:

TOP 2 Jahresabschluss und Bericht über die Erfüllung des Stiftungszwecks der Exzellenzstiftung
Ingolstädter Wissenschaft – Ignaz Kögler für das Jahr 2023
(Referent: Herr Müller)
V0392/24

soll als TOP 1 behandelt werden.

Damit besteht seitens der Ausschussmitglieder Einverständnis.

Die Nummerierung ändert sich dementsprechend.

Danach gibt der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien seine Zustimmung zu vorstehender Tagesordnung.

Öffentliche Sitzung

- 1 . Jahresabschluss und Bericht über die Erfüllung des Stiftungszwecks der Exzellenzstiftung
Ingolstädter Wissenschaft - Ignaz Kögler für das Jahr 2023
(Referent: Herr Müller)
Vorlage: V0392/24**

Antrag:

Der geprüfte Jahresabschluss und der Bericht über die Erfüllung des Stiftungszwecks der Exzellenzstiftung Ingolstädter Wissenschaft - Ignaz Kögler für das Jahr 2023 werden zur Kenntnis genommen.

Herr Prof. Dr. Rosenfeld erstattet Bericht über die Bilanz, die Auszüge des Jahresberichtes und des Tätigkeitsberichtes und geht auf alle Einzelheiten der Anlage ein. Der Bericht liegt allen Ausschussmitgliedern vor.

Stadtrat Dr. Kern bedankt sich bei Herrn Prof. Dr. Rosenfeld und Herrn Müller für die Arbeit und merkt an, dass die Stiftung in guten Händen sei und er ein internationales Flair begrüße.

Die Beschlussvorlage der Verwaltung wird bekanntgegeben.

- 2 . Antidiskriminierungsstelle der Stadt; Bericht nach der Pilotphase und Fortführung
- mündlicher Bericht von der Gleichstellungsbeauftragten Barbara Deimel
Vorlage: V0399/24**

Antrag:

Der Bericht nach der zweijährigen Pilotphase wird bekanntgegeben.

Frau Deimel geht auf den Zwischenbericht der Pilotphase ein, der den Stadtratsmitgliedern vorliegt. Am 26.09.2022 sei die Antidiskriminierungsstelle als Stabstelle mit vier Stunden pro Woche beschlossen worden. Rund 36 Prozent der Bevölkerung habe in den letzten zwei Jahren Diskriminierung erlebt, doch die meisten Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind setzen sich häufig nicht zur Wehr. Dabei helfe

dann die Antidiskriminierungsstelle, denn dort werden häufiger Gegenmaßnahmen ergriffen. Eine Antidiskriminierungsstelle könne Lücken im Diskriminierungsschutz schließen und eine Antidiskriminierungskultur stärken. Ziel der Antidiskriminierungsstelle sei auch, die Diskriminierung sichtbar zu machen und die Gesellschaft zu sensibilisieren. Frau Deimel erklärt, dass derzeit von Diskriminierung betroffene Personen von ihr beraten werden und auf weitergehende Unterstützungsformate hingewiesen werden. Darüber hinaus kläre man die Betroffenen auch über ihre Rechte auf und zeige ihnen die nächsten möglichen Schritte. Präventionsarbeit oder intensive Beratungsbegleitung könne aufgrund der geringen Wochenstunden nicht geleistet werden. Auch Schulen könne man in der Präventionsarbeit nicht unterstützen. Ebenso gebe es eine Webseite, Plakate und Flyer auf der man einen QR-Code finde, um sofort auf ein Meldeformular zu gelangen, um dort die Diskriminierung melden zu können. Des Weiteren geht Frau Deimel auf die Zahlen ein und teilt mit, dass in der Zeit vom 01.10.2022 bis 30.05.2024 111 Menschen über Diskriminierung berichteten. Der größte Anteil finde sich in der Rubrik rassistische Diskriminierung. Der größte Anteil mit 47 Prozent liege in Ämter und Behörden. Die Rubrik Ämter und Behörden sei zweidimensional anonymisiert erfasst, denn es fließen die Diskriminierungen ein, die von Bürgern an die Beschäftigten gerichtet wurden und auch andersherum.

Stadtrat Werner bedankt sich und merkt an, dass die Arbeit überaus wichtig sei. Er denkt, dass es wichtig sei, dass sich diese 111 Personen wichtig gewesen sei, dass diese sich jemanden anvertrauen konnten. Ein Drittel der Bevölkerung habe bereits Erfahrung mit Diskriminierung gemacht und viele wissen nicht wie sie sich wehren sollen, daher sei er wichtig, eine Anlaufstelle zu haben. Er ist der Meinung, dass für diese wichtige Arbeit mehr als vier Stunden zur Verfügung gestellt werden müssen.

Stadträtin Krumwiede bedankt sich bei Frau Deimel für die unglaubliche Leistung die sie mit den vier Stunden pro Woche erzielt habe. Sie möchte wissen, ob es eine steigende Tendenz von Meldungen gebe, denn sie denkt, dass die Antidiskriminierungsstelle in Ingolstadt zur Diskriminierungssensibilität beigetragen habe. Dennoch sei es ausbaufähig und liege in der Hand des Stadtrates dafür zu sorgen, dass diese Stelle ausgebaut werde. Für die Betroffenen sei es ein wichtiges Gefühl, ernstgenommen zu werden und dass das Signal gesetzt werde, dass Diskriminierung in Ingolstadt keine Chance habe. Ihrer Meinung nach sei die Stelle unabdingbar und der Erfolg habe auch mit der Person von Frau Deimel zu tun, denn man benötige sehr viel Empathie und Sensibilität. Sie merkt an, dass es in Regensburg die Stelle mittlerweile aufgestockt worden sei und nun eine volle Stelle mit 39 Stunden ist. Die Vorlage

zeige, dass auch in Ingolstadt die Notwendigkeit für eine Antidiskriminierungsstelle bestehe.

Stadträtin Mader bedankt sich bei Frau Deimel und teilt mit, dass die CSU-Stadtratsfraktion von der Wichtigkeit der Antidiskriminierungsstelle und der Arbeit von Frau Deimel sehr überzeugt sei und plädiert für die Verstetigung. Es sei wichtig, dass eine Sensibilisierung innerhalb der Gesellschaft stattfinden müsse, denn oft werden Menschen diskriminiert und dem anderen sei es gar nicht bewusst. Sie ist der Meinung, dass dieses Thema bereits in Kindergärten und Schulen angesprochen werden soll, wie man Menschen verletzen könne und dies nicht passieren darf.

Frau Gumplinger teilt mit, dass in der letzten Sitzung des Migrationsrates von Herrn Dr. Sturm und Frau Hoffmann ebenso bestätigt worden sei, dass das Thema Diskriminierung und Rassismus an Schulen erkannt werde und ein sehr wichtiges Thema sei. Ebenso sei von einer sehr hohen Dunkelziffer auszugehen und die genannten Fälle seien nur die Spitze des Eisberges. Der Migrationsrat sei sich einig, dass der Ausbau dieser Stelle in personeller und finanzieller Art unterstützt werden müsse und die vier Stunden nicht ausreichen.

Frau Deimel merkt bezüglich der Wahrnehmbarkeit an, dass seit es die Internetseite gebe, die gemeldeten Fälle mehr seien und es komme oft in Wellen, je nachdem welches Thema auch gerade z. B. beim Bund angesprochen werde.

Stadtrat Niedermeier bringt vor, dass es in Schulen die Jugendsozialarbeit und die mobile Jugendarbeit gebe und diese zwei Gruppe könne man mit den Themen sensibilisieren.

Stadträtin Krumwiede geht auf den Beitrag von Stadtrat Niedermeier ein und teilt mit, dass das Aufgabenprofil der Antidiskriminierungsstelle in Nürnberg auch Beratungsarbeit zur Umsetzung von Antidiskriminierungsstrategien beinhalte. Es sei nicht die Aufgabe der Antidiskriminierungsstelle direkt in die Schulen zu gehen, sondern die Akteure der Schulen gezielt zu beraten.

Stadträtin Segerer wendet ein, dass ein Sozialarbeiter in Schulen zwar Ansprechpartner für Einzelfälle sei, doch strukturelle Diskriminierung könne ein Sozialarbeiter alleine nicht lösen.

Frau Deimel teilt mit, dass es Workshops zur strukturellen Diskriminierung an allen Schulen gebe.

Bürgermeisterin Kleine trägt vor, dass sich alle Gremien für eine Verstärkung ausgesprochen haben und die Arbeit der Antidiskriminierungsstelle personell und finanziell verstärkt werden soll. Ebenso sei überall der Wunsch nach Präventionsangeboten gewesen. Eine Evaluation bewerte nicht nur die Arbeit, sondern auch den Bedarf und die Notwendigkeit. Beim Ergebnis der Evaluation seien auch die Aufgaben die man sich für eine Antidiskriminierungsstelle wünsche abzuheben. Weiter teilt sie mit, dass kürzlich die Charta der Vielfalt unterzeichnet worden sei. Zur Chancengleichheit und zur diskriminierungsfreien Stadt gehöre auch die Vielfalt als positives Wort. Ebenso bedankt sich Bürgermeisterin Kleine bei Frau Deimel für die großartige Arbeit.

Die Beschlussvorlage der Verwaltung wird bekanntgegeben.

. **hierzu liegt eine Stellungnahme des Migrationsrates vor.**

**3 . Jahresabschlüsse der Waisenhausstiftung Ingolstadt und des Peter-Steuart-Hauses
für das Jahr 2023
(Referent: Herr Müller)
Vorlage: V0402/24**

Antrag:

1. Der Stadtrat nimmt die Jahresabschlüsse zur Kenntnis.
2. Die Jahresabschlüsse sind dem Rechnungsprüfungsamt zur Erstellung des Prüfberichts und des Feststellungsbeschlusses zuzuleiten.

Herr Müller geht auf den Jahresabschluss 2023 der Waisenhausstiftung und des Peter-Steuart-Hauses Ingolstadt ein. Der Bericht liegt den Ausschussmitgliedern vor. Mit dem vorgelegten Jahresabschluss 2023 habe man eine Punktlandung mit einem Jahresergebnis des Peter-Steuart-Hauses von rund -171.000 Euro erzielen können. Die Waisenhausstiftung konnte im Jahr 2023 wiederum einen Gewinn von 51.658 Euro erzielen. Durch die Verlustübernahme aus dem Einrichtungsbetrieb

Peter-Steuart-Haus in Höhe von 171.000 Euro ergebe sich ein konsolidierter Verlust von 119.396 Euro. Weiter geht Herr Müller auf die Ergebnisrechnung des Peter-Steuart-Hauses ein. Die Belegungsquote sei etwas niedriger als im prognostizierten Ausblick des vergangenen Jahres, bei 92,2 Prozent. Auf der einen Seite habe man konsolidierte Erlössteigerungen im Bereich der stationären Wohngruppe, der ambulanten Hilfen und der teilstationären Einrichtung. Auf der anderen Seite habe man die Tarifsteigerungen und erhöhten Einnahmen aufgrund der Verhandlungsergebnisse mit den Entgeltkommissionen, was im laufenden Jahr 2024 deutlich spürbar sein wird. Die Ausgaben im Bereich der Personalkosten sei aber der größte Aufwandsposten. Über 80 Prozent der Ansätze seien um rund 445.000 Euro gestiegen. Des Weiteren hebt Herr Müller das Thema intensive Öffentlichkeitswerbung und Fundraising hervor. Anhand der Zahlen sei ersichtlich, dass in der Planung 2023 ein Ansatz von rund 40.000 Euro Einnahmen angesetzt war, tatsächlich aber durch die intensive Öffentlichkeitswerbung und das Fundraising ein Ergebnis von 94.000 Euro an Einnahmen verbucht werden konnte. Der Unterschied zu einem Stiftertag sei, dass die Waisenhausstiftung nicht nur als eine von vielen Stiftungen präsentiert wurde, sondern man gezielt für die Zwecke der Stiftung gegenüber Dritten werbe. Man könne dabei bereits über mehrere Jahre treue Unterstützer von Stiftung und Einrichtung feststellen. Er ist der Meinung, dass das auf die Zeit gesehen einen stärkeren Effekt habe, als die lediglich werbende Institution eines Stiftungstages. Dennoch dürfe es nicht aus den Augen verloren werden. Des Weiteren verweist Herr Müller auf die Ergebnisrechnung der Stiftung auf Seite 3, die belegt, dass über die Miet- und Pachteinahmen, die Nutzungsentgelte und die Zinserträge insgesamt ein Gewinn von 51.600 Euro verbucht werden konnte.

Stadtrat Werner äußert, dass ihm die 100.000 an Spenden bereits aufgefallen seien und spricht sein Kompliment dafür aus. Er denkt, man könne zusätzlich nicht mehr unternehmen, denn 80 Prozent Personalkosten zeigen deutlich, dass das Problem bei den Tagessätzen für die Pflege liege. Egal ob der Kostenträger die Kasse oder der Bezirk sei, es werde immer so wenig wie möglich an Kosten ausgeglichen. Er ist der Meinung, wenn man nun mehr bekomme, diene dies nur dazu das Minus der Vergangenheit auszugleichen. Es gebe immer wieder Tarifsteigerungen, doch dabei sei es wichtig, dass die Kostenträger mit großer Sensibilität herangehen, denn es gehe um die Kinderbetreuung und dass die Kinder auf das richtige Gleis für die Zukunft gebracht werden. Stadtrat Werner appelliert dafür, dass die Kostenträger berücksichtigen sollen, welche Arbeit geleistet werde und dass diese notwendig sei.

Stadträtin Seeger fragt nach, bezüglich der Umstellung der Unterhaltsreinigungen von einem externen Dienstleister auf das eigene Personal, ob dadurch die Ausgaben gleichbleiben oder teurer seien. Des Weiteren geht sie darauf ein, dass die Situation in der Jugendhilfe wegen Fachkräftemangel, Auslastung usw. schwierig sei, und die Bedarfe aber nicht weniger werden. Umso mehr sei die Arbeit zu schätzen und bedankt sich beim Personal.

Stadtrat Ettinger bedankt sich für diese wichtige Arbeit. Er hakt nach, bezüglich der Auslastung von 92,15 Prozent, ob es die Möglichkeit gebe, eine Stellschraube zu drehen, um die Auslastung zu steigern. Ebenso möchte er wissen, ob es Vergleichszahlen zu den Bedarfssätzen gebe.

Stadträtin Mader bedankt sich bei Frau Bülow und dem gesamten Team; besonders hervorzuheben sei das vergrößerte Spendenaufkommen. Der Fachkräftemangel bereite Sorgen und es sei schwierig, dagegen etwas zu unternehmen, daher bedankt sie sich beim ganzen Team für die großartige Arbeit, die für Kinder und Jugendliche geleistet werde, denn es sei wichtig, alles was möglich ist zu tun, um jungen Menschen einen guten Start in das Leben geben zu können.

Stadtrat Werner teilt mit, dass er im Sozialausschuss des Städtetages Mitglied sei und dies ein bayernweites Problem sei. Der Städtetag sei ebenso aktiv, dennoch sei es wichtig, weiterhin Druck auszuüben.

Bürgermeisterin Kleine geht auf die Frage bezüglich der Stellschraube ein. Sie denkt, dass bei der Zielabwägung wichtiger sei, dass alle Jugendlichen versorgt sind. Man könne entscheiden, durch geringere Auslastung das Personal zu entlasten, doch dann könne man vielleicht nicht alle Jugendlichen versorgen. Der Halbjahresbericht zeige, dass dieses Jahr anders wahrgenommen werde als bisher, denn es sei auch beschrieben, wo die Belastungen der Mitarbeitenden lägen. Sie ist der Meinung, dass das aktuelle System nicht weiter belastet werden könne, und es müsse appelliert werden, dass an der Finanzsituation etwas geändert werde. Die Situation sei sehr dramatisch und es sei zu bedenken, ob die „Stellschraube“ Geld alleine ausreichend sei, denn das Personal sei irgendwann erschöpft.

Stadträtin Mader merkt an, dass es für Berufsanfänger sehr schwierig sei, da man aufgrund des Fachkräftemangels direkt in das kalte Wasser geworfen werde und daher viele diesen Job nicht ausüben wollen. Daher sei es wichtig, Berufsanfänger zu begleiten, um diese nicht zu verlieren.

Stadtrat Ettinger moniert, dass seine Frage nicht respektlos erscheinen sollte. Ihm sei bewusst, dass das Peter-Steuart-Haus Wahnsinniges leiste und in Zeiten des Fachkräftemangels Personal ausfalle und somit der verbleibende Druck umso größer werde. Er denkt, die Aufgabe des Gremiums sei es, die vorgelegten Zahlen zu bewerten und ein Feedback dazu zu geben, und dabei sei ihm die Auslastung als Zahl aufgefallen.

Frau Bülow führt bezüglich der Frage zu den Reinigungskräften aus, dass es die letzten fünf Jahre eine Reinigungsfirma gegeben habe, die Krippen, Kindergarten und Schule geputzt habe. Jedoch sei man mit dieser Reinigungsfirma nicht mehr zufrieden gewesen und habe dann mit auslaufendem Vertrag eine eigene Reinigungskraft zusätzlich eingestellt. Diese sei nun befristet auf zwei Jahre eingestellt, da sie aus der Ukraine komme und keine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung habe. Man habe festgestellt, dass eigenes Personal besser eingearbeitet und überwacht werden könne. Seither sei es viel sauberer, was in diesen Bereichen enorm wichtig ist, da es genaue Vorgaben dazu gebe. Des Weiteren merkt sie an, dass in diesem Bericht sehr viel Text sei, da man die Situation in der Einrichtung verdeutlichen wolle, denn die Jugendhilfe stehe bundesweit „am Abgrund“. Die finanzielle Situation würde sich natürlich verbessern, wenn es immer eine Vollausslastung von 100 Prozent geben würde. Man sei bemüht, die Gruppen grundsätzlich gut auszulasten, um einen größeren Spielraum zu haben, dennoch habe man die Belegungssituation letztlich nicht in der Hand und stehe im Austausch mit den Jugendämtern der Region 10 und darüber hinaus. Die Kinder kommen nicht nur aus der Region 10 sondern auch aus Freising, Straubing, München etc. Bezüglich der Bedarfe erklärt Frau Bülow, dass man das Entgelt bei den stationären Wohngruppen von der Entgeltkommission Südbayern bekomme und Frau Hofmayer dieses jedes Jahr verhandle. Es werde natürlich versucht, so viel wie möglich rauszuholen, doch es gebe auch Vorgaben, an die man sich halten muss. Dadurch, dass Ingolstadt auf der einen Seite städtische und auf der anderen Seite freie Träger habe, werde oft nicht alles finanziert. Es betreffe vor allem die Dienstleistungen der Stadt Ingolstadt für das Personal am Abend, doch das werde auf die Beteiligungen umgelegt, werde jedoch nicht refinanziert von der Entgeltkommission. Frau Bülow teilt mit, dass dennoch jedes Jahr versucht werde, dass

sowohl die Fachleistungsstunden für die ambulanten Hilfen, als auch die Entgeltsätze für die stationären Wohngruppen neu verhandelt werden. Bezüglich des Fachkräftemangels teilt sie mit, dass sehr viel in die Ausbildung investiert werde, um neue Fachkräfte zu gewinnen. Die Anforderungen in einer stationären Wohngruppe oder auch in der Kita sei sehr hoch, da es Vorgaben vom Staat gebe, aber auch eigene Standards. Doch man bemühe sich, die Auszubildenden nicht in das kalte Wasser zu werfen, sondern gut zu begleiten.

Stadträtin Segerer möchte bezüglich des Personals wissen, wenn eine Gruppe nicht ausgelastet sei, ob dieses dann einem anderen Angebot zugeordnet werde. Bezüglich der Auslastung ist sie der Meinung, dass manchmal die bittere Entscheidung getroffen werden müsse, dass ein Platz nicht besetzt werde, wenn kein Personal zur Verfügung stehe.

Frau Bülow teilt mit, dass wenn eine Gruppe weniger belastet sei als eine andere Gruppe, dann werde nach Absprache mit den Kollegen und dem Personalrat Kollegen befristet umgesetzt.

Stadtrat Werner denkt, dass Aggressionen schon bei den Kleinsten zunehmen und am besten ablesbar sei dies in den sozialen Netzwerken, aber auch an der Entwicklung an den Schulen und Kindergärten. Daher plädiere er, seitens der Kostenträger Geld in das System zu geben, um dieser Entwicklung entgegenzusetzen. Weiter weist er darauf hin, dass es wichtig sei, auch Kinder aufzunehmen, die von auswärts kommen, da es bei der Inobhutnahme oft wichtig sei, dass die Unterbringung aus pädagogischen Gründen wohnortfern erfolge.

Stadträtin Pane möchte wissen, was mit den Kindern passiere, die nicht aufgenommen werden können.

Frau Bülow teilt mit, dass in der Inobhutnahme Stelle darauf geachtet werde, dass Kinder aufgenommen werden, auch wenn es kurzfristig sei. Einrichtungen und Gruppen werden aufgrund des Fachkräftemangels geschlossen, und somit verschärfe sich die Situation für alle anderen. Mittlerweile fragen die Jugendämter deutschlandweit Einrichtungen an, um überhaupt einen Platz zu bekommen. Hinzu komme auch, dass die Bedarfe immer spezieller werden. Die Einrichtung in Ingolstadt sei laut der Betriebserlaubnis eine heilpädagogische und keine therapeutische. Dennoch habe man viele Grenzgänger, die eigentlich therapeutisch untergebracht werden müssten, doch

es gebe keine Gruppe dafür und somit nehme man sie in Ingolstadt auf, wenn sie einigermaßen betreuungsfähig seien. Die Kollegen vom Jugendamt seien nicht zu beneiden, da diese drastisch gefordert seien, um Kinder unterbringen zu können. Doch wenn in Ingolstadt kein Platz sei, können keine weiteren Kinder aufgenommen werden, da auch darauf geachtet werden muss, was den Kolleginnen und Kollegen letztlich zugemutet werden kann.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

**4 . Halbjahresbericht 2024 mit betriebswirtschaftlichem Bericht 01.01. - 31.03.2024
zum
operativen Geschäft der Waisenhausstiftung
(Referent: Herr Müller)
Vorlage: V0405/24**

Antrag:

Der betriebswirtschaftliche Bericht wird bekannt gegeben.

Stadtrat Niedermeier möchte wissen, ob es für die unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden Unterstützung gebe.

Die Quoten seien nach wie vor hoch und im Jugendamt werde drastisch nach Plätzen gesucht, so Frau Bülow. Mittlerweile gebe es sogenannte „UMA“-Gruppen, bei der die Betreuungsschlüssel etwas niedriger seien, als in einer stationären Wohngruppe. In der Regel seien die Minderjährigen zwischen 12 und 15 Jahre alt. Einen 21-jährigen Jungen gebe es, der schon relativ lange hier sei und gut integriert wurde und dann auch entlassen werde. Mit den älteren Jugendlichen sei oft das Problem, dass die regulären Jugendhilfen überfordert sei. In Ingolstadt gebe es mittlerweile andere Gruppen wie z. B. in den Räumen der Jugendherberge, bei denen die Betreuungszeit nur ein bis zwei Stunden pro Tag betrage.

Herr Fischer informiert, dass es für die unbegleiteten minderjährigen Ausländer („UMA“) eine besondere Verteilung und Quote gebe. Weiter teilt er mit, dass zum

Stichtag 30.Juni 2024 in Ingolstadt 54 unbegleitete minderjährige Ausländer aufgenommen werden müssten, doch man habe bereits 59 aufgenommen. In Kooperation mit dem Peter-Steuart-Haus und weiteren Trägern gelinge es auch, dass sogar über die Zahl an unbegleiteten Minderjährigen die nach der bundesweiten Verteilung aufgenommen werden müssen, entsprechende Angebote vorgehalten werden können.

Stadtrat Werner bittet im Finanzausschuss um Berichterstattung, was bei einem Gerichtstermin in einem ausländerrechtlichen Einzelfall eines Erwachsenen entschieden wurde oder eine Info per Mail an alle Stadträte.

Frau Hofmayer teilt mit, dass der Gerichtstermin am 17.07.24 sei und der Finanzausschuss bereits am 16.07.24. Daher könne im Finanzausschuss keine Berichterstattung erfolgen, deswegen werde es schriftlich erfolgen.

Der Bericht wird den Ausschussmitgliedern bekanntgegeben.

**5 . Jobcenter - Jahres- und Eingliederungsbericht 2023
(Referent: Herr Fischer)
Vorlage: V0284/24**

Antrag:

Der als Anlage beigefügte Jahres- und Eingliederungsbericht 2023 des Jobcenters wird zur Kenntnis genommen.

Herr Fischer weist auf zwei Aspekte des Jahresberichts gesondert hin. Zum einen verfolge das Jobcenter mehrere Ziele, und eins dieser Ziele sei die Reduzierung des Langzeitbezuges. Es sei nicht das Problem, wenn man vorübergehend nicht nur auf Arbeitslosengeld, sondern auch auf Bürgergeld angewiesen sei. Ziel sei es, dass der Bürgergeldbezug nicht zum Dauerbezug werde, sondern ein Sprungbrett zurück in die Erwerbstätigkeit, um nicht längerfristig ergänzende Sozialleistungen zu benötigen. Erfreulich sei auch, dass so ein Arbeitsschwerpunkt entsprechende Ergebnisse zeige, denn die Zahl dieser Langzeitbeziehenden konnte durch das Jobcenter Ingolstadt innerhalb eines Jahres um 7,3 Prozent gesenkt werden. Der zweite wichtige Punkt, den Herr Fischer hervorheben möchte, sei das Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder und Jugendliche. Im letzten Jahr habe man in Ingolstadt für Bildung und

Teilhabe 1,5 Mio. Euro investiert. Im Jahr 2022 seien es noch 1,1 Mio. Euro gewesen. Ebenso sei die Lernförderung von 200.000 Euro auf 300.000 Euro gesteigert worden. Mit dem Kooperationsprojekt mit der Volkshochschule werde ein Best Practice Modell umgesetzt, um Kindern aus einkommensschwachen Familien eine gute Bildungskarriere zu ermöglichen.

Stadtrat Ettinger findet Klassenfahrten wichtig, denn dies trage zur Klassengemeinschaft bei und die Schüler können bessere Leistung abgeliefert werden. Weiter möchte er wissen, wie die 7,3 Prozent der Langzeitbezieher gesenkt werden konnten.

Frau Müller ist der Meinung, dass dies durch eine Kombination vieler Maßnahmen erreicht werden konnte. Es seien mehr Angebote für langzeitbezogene Maßnahmen geschaffen worden und dadurch seien die Bürgergeldbeziehenden an den Arbeitsmarkt herangeführt worden. Des Weiteren habe das Jobcenter die Instrumente zu Eingliederung von Langzeitarbeitslosen (§ 16e SGB II) und zur Teilhabe am Arbeitsmarkt (§ 16i SGB II) genutzt, und dabei mit Trägern gearbeitet, die auf Langzeitarbeitslose spezialisiert seien. Ebenso habe man den Schwerpunkt daraufgelegt, die Arbeitslosen wieder zu persönlichen Kontakten in das Jobcenter zu holen und es habe aufsuchenden Maßnahmen gegeben, bei der Coaches rausgefahren sind, um Kunden Zuhause oder in Cafés aufzusuchen (ganzheitliche Betreuung nach § 16k SGB II).

Stadträtin Mader teilt mit, dass in der gestrigen Sitzung des Gleichstellungsbeirates über die Probleme der alleinerziehenden Frauen und die finanzielle Ungleichbehandlung gesprochen worden sei. Stadträtin Mader ist sehr erfreut darüber, dass es viele Programme für alleinerziehende Frauen geben werde und die individuelle Kinderbetreuung sei auch sehr gut. Ebenso gebe es die Arbeitsgruppe Feminin, womit man viele Angebote für Frauen habe. Sie wünscht sich, dass die betroffenen Frauen von dem Angebot erfahren und dieses dann auch annehmen, denn dies sein ein Weg mit den Kindern ein gutes Leben führen zu können und gute Arbeit sei auch der Weg in ein Leben für gute Zeiten im Alter. Viele Frauen haben einen Minijob und dies gebe im Alter große Probleme bezüglich der Rente, daher begrüße sie die Förderung. Des Weiteren hebt sie als Aufsichtsrat der INVG vor, dass es gelungen sei, Männer und Frauen als Berufskraftfahrer auszubilden und das Programm sehr gut gelinge und somit dem Arbeitskräftemangel entgegengewirkt werden könne.

Stadträtin Segerer merkt an, dass es ein tolles Ergebnis sei, da relativ viele Menschen mit Schwerbehinderung eingegliedert werden konnten und auch geschaut werde, dass möglichst für die individuellen Bedarfe Angebote geschaffen werden.

Stadtrat Werner weist darauf hin, dass Ingolstadt mit 3,5 Prozent die Großstadt mit der niedrigsten Arbeitslosenquote in ganz Deutschland sei. Dies liege seiner Meinung nach nicht nur an der Arbeit des Jobcenters, denn man habe in Ingolstadt sehr günstige Voraussetzungen. Es werde immer über die Monostruktur gejammt, doch liege der Grund für die niedrige Arbeitslosigkeit in der Struktur von Ingolstadt. Ebenso würden mehr mittelständische Unternehmen der Stadt Ingolstadt guttun, doch es habe sich in den letzten Jahren bereits viel getan. Bezüglich dem Jobcenter merkt er an, dass dies weit davon entfernt sei, nur die Arbeitslosigkeit zu verwalten, denn es gebe viele Programme mit Qualifizierungsmaßnahmen und es sei nicht nur die Ausbezahlung von Bürgergeld, sondern es werde den Menschen geholfen, die Chance zu bekommen, so schnell wie möglich Arbeit zu bekommen.

Frau Müller teilt mit, dass es für nächstes Jahr eine gesetzliche Änderung gebe, so dass die Stadt Ingolstadt es ab 01.01.2025 nicht mehr in der Hand habe, welche beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen für Bürgergeldbeziehende angeboten werden. Die Aufgabe der Förderung der beruflichen Weiterbildung und auch die Reha-Leistungen werden vom Jobcenter weggehen und von der Agentur für Arbeit übernommen. Es können zwar durch das Jobcenter Qualifizierungen für Bürgergeldbeziehende vorgeschlagen werden, doch ob diese bewilligt werden, entscheide dann die Agentur für Arbeit, die diese Maßnahmen ab 2025 auch finanziert. Dennoch hofft Frau Müller weiterhin viele Weiterbildungen für Kunden auf den Weg bringen zu können.

Stadtrat Werner bittet darum nächstes Jahr in den Sozialausschüssen informiert zu werden, wie der aktuelle Stand ist.

Stadtrat Ettinger spricht ein Lob an Frau Müller aus, denn es habe zwei Fälle mit einer Förderung im Tierheim gegeben, bei denen die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen sehr gut geklappt habe.

Der Bericht wird bekanntgegeben.

6 . Job-Turbo für Ukrainer in Ingolstadt zünden

Antrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU vom 07.03.2024

Vorlage: V0212/24

Antrag:

1. Das Jobcenter geht auf die regionalen Partner am Arbeitsmarkt – Agentur für Arbeit, IHK, HWK, vbw und Gewerkschaften – zu, um sie für eine gemeinsame Job-Messe zu gewinnen.
2. Sozial- und Wirtschaftsreferat prüfen im Hinblick auf das geplante Welcome-Center für Ingolstadt den Aufbau und die mögliche Förderung von Online-Stellenbörsen für Geflüchtete.
3. Das Jobcenter eruiert zusammen mit Arbeitgebern, Kammern und Verbänden die Aus- und Weiterbildungsbedarfe, die sich nach der Vermittlung in Beschäftigung ergeben, und entwickelt zusammen mit Anbietern von Qualifizierungsmaßnahmen passgenaue Kurse.
4. Das Jobcenter startet eine Kooperation mit der bayerischen Initiative Fachkräftesicherung+, deren arbeitgebernahes Beratungsteam beim Matching zwischen Arbeitsangebot und die Arbeitsnachfrage unterstützen kann.
5. Die Verwaltung tritt an die Landkreise, die Geschäftsführung des Klinikums Ingolstadt und die Leitung des Berufsbildungszentrums heran, um die Option eines bedarfsgerechten „Sonderjahrgangs“ zur Pflegehelferausbildung für Geflüchtete in der Region zu prüfen.
6. Die Verwaltung prüft auf Basis der aktuellen Änderungen im Asylbewerberleistungsgesetz, welche Arbeitsgelegenheiten im öffentlichen oder gemeinnützigen Bereich angeboten werden können.
Ziel soll eine Vermittlung in Ausbildung oder Arbeit über dieses Sprungbrett sein.
7. Verwaltung und Jobcenter prüfen, wie die arbeitsmarktpolitischen Fördermittel des Bundes vollständig eingesetzt werden können.

Diskussion und Beschlussfassung siehe V0300/24.

Stellungnahme der Verwaltung
(Referent: Herr Fischer)
Vorlage: V0300/24

Antrag:

1. Das Jobcenter hat im Sommer 2024 bereits eine Job-Messe und weitere Aktionen zur Integration Geflüchteter durchgeführt, die bekannt gegeben werden.
2. Im Hinblick auf die vielfältig vorhandenen Online-Stellenbörsen halten das Wirtschafts- und das Sozialreferat den Aufbau einer weiteren Online-Plattform nicht für zielführend.
3. Über die Zusammenarbeit des Jobcenters mit den Beteiligten des Arbeitsmarktes im Beirat, die Kooperation mit den Bildungsträgern und die zum 1.1.2025 in Kraft tretenden Rechtsänderungen im Bereich der Zuständigkeit für die Förderung der beruflichen Weiterbildung und der Reha-Förderung wird informiert.
4. Über die verschiedenen Unterstützungsmöglichkeiten für Arbeitgeber durch die Taskforce FKS+ und das Arbeitgeberteam des Jobcenters wird informiert. In der nächsten Beiratssitzung des Jobcenters sollen eventuelle Kooperationsmöglichkeiten erörtert werden.
5. Nach Auskunft der Leiterin des Berufsbildungszentrums des Klinikums kann aus Kapazitätsgründen kein „Sonderjahrgang“ im Bereich der Pflegehelferausbildung etabliert werden.
6. Im Hinblick auf die durch die Verwaltung geplante Ausweitung der Arbeitsgelegenheiten nach § 5 AsylbLG wird auf die Stellungnahme der Verwaltung (V0384/24) zum Antrag V0193/24 verwiesen.
7. Die Maßnahmen des Jobcenters zum möglichst vollständigen Einsatz der zugeteilten arbeitsmarktpolitischen Fördermittel des Bundes werden bekannt gegeben.

Der Antrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU V0212/24 und der Antrag der Verwaltung V0300/24 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

7 . **Möglichkeiten der Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber wieder nutzen**

Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 05.03.2024

Vorlage: V0193/24

Antrag:

die CSU-Stadtratsfraktion stellt folgenden **Antrag**:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Maßnahmen für die Wiedereinführung von Arbeitsgelegenheiten für Flüchtlinge zu erarbeiten. Diese Maßnahmen sollen insbesondere die Integration in den ersten Arbeitsmarkt fördern, vorbereitend wirken, bevor Flüchtlinge eine offizielle Arbeitserlaubnis erhalten, und sich auf gemeinnützige Tätigkeiten konzentrieren, die einen Mehrwert für die Gemeinschaft bieten, gem. der in §5 Asylbewerberleistungsgesetz verankerten Möglichkeiten.
2. Die Verwaltung beauftragt die entsprechenden Referate sowie die kommunalen Beteiligungen mit der Beibringung und Vorschlägen zu möglichen Arbeitsgelegenheiten.
3. Die Stadtverwaltung wird weiterhin aufgefordert Stellung dazu zu nehmen, welche Maßnahmen seit der Auflösung der in-arbeit GmbH, die bis 2020 mit genau diesen Arbeitsgelegenheiten betraut war, ergriffen wurden, um die Integration von Geflüchteten und Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt zu fördern.
4. Die Stadtverwaltung wird außerdem aufgefordert, eine etwaige Refinanzierungsmöglichkeit für die finanziellen Mittel der Koordination der Arbeitsangelegenheiten durch Bund und Länder zu prüfen.

*Diskussion und Beschlussfassung siehe **V0384/24**.*

Stellungnahme der Verwaltung
(Referent: Herr Fischer)
Vorlage: V0384/24

Antrag:

1. Die Aufgaben- und Finanzverantwortung im Bereich der Integration Geflüchteter, die Besonderheiten der Aufnahme Geflüchteter in Ingolstadt aufgrund der ANKER Einrichtung, der Bericht der Verwaltung zur Umsetzung von Arbeitsgelegenheiten nach § 5 AsylbLG im Jahr 2023 und die vorgesehene organisatorische Umsetzung der neuen rechtlichen Möglichkeiten wird bekannt gegeben.
2. Der Stand der Umsetzung der Ausweitung der Arbeitsgelegenheiten nach § 5 AsylbLG neue Fassung wird bekannt gegeben.
3. Die Leistungen des städtischen Jobcenters zur Förderung der Integration von Geflüchteten und Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt seit 2021 werden bekannt gegeben.
4. Direkte Refinanzierungsmöglichkeiten für den Verwaltungsaufwand beim Vollzug des Asylbewerberleistungsgesetzes (und insbesondere der Administration von Arbeitsgelegenheiten nach § 5 AsylbLG) durch den Bund bestehen nicht. Forderungen der Stadt an den Freistaat zur gesonderten Erstattung der mit dem Vollzug des AsylbLG verbundenen Verwaltungskosten wurden – abgesehen von einer sog. Hausmeister- pauschale – in der Vergangenheit und auch aktuell immer wieder abgelehnt.

*Der Antrag der CSU-Stadtratsfraktion **V0193/24** und der Antrag der Verwaltung **V0384/24** werden gemeinsam diskutiert und behandelt.*

Stadtrat Dr. Kern merkt an, dass es der CSU-Stadtratsfraktion vorrangig um die Integration gehe, damit die Menschen an der Hand genommen werden und in das Arbeitsleben eingeführt werden. Bis 2020 habe es die in-arbeit GmbH gegeben, die genau das gemacht habe, daher möchte er wissen, wie das aktuelle Vorgehen dazu sei. Er bedankt sich für die Aufstellung in der Sitzungsvorlage, in der ersichtlich sei, dass Beispielsweise bei der INKB etwas unternommen werde, doch gleichwohl müsse man als Gesamtstadt eine große Anstrengung vollbringen. Bei diesem Thema

sei seiner Meinung nach mehr Dynamik notwendig, doch das sei ein Entwicklungsprozess, der gemeinsam gemacht werden müsse und es könne durchaus eine ehrenamtliche Komponente beinhaltet sein. Weiter wünscht sich Stadtrat Dr. Kern quartalsweise eine kurze Info über den aktuellen Stand.

Herr Fischer bringt vor, dass die Stadt Ingolstadt in einer anderen Situation sei als viele anderen Landkreise und Städte in Bayern, wenn es um Arbeitsgelegenheiten („AGH“) für Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz („AsylbLG“) gehe. In Ingolstadt sei es nur eine ganz kleine Gruppe der AsylbLG-Leistungsberechtigten, die in dezentraler, städtischer Unterbringungsverantwortung seien, da es die ANKER-Einrichtung des Freistaates gebe, in der neu ankommende Asylsuchende zunächst aufgenommen werden. Nur für die dezentral untergebrachten AsylbLG-Leistungsberechtigten komme die Einrichtung von Arbeitsgelegenheiten durch die Stadt sinnvollerweise in Betracht. Des Weiteren teilt Herr Fischer mit, dass in Ingolstadt derzeit 4.300 Ausländerinnen und Ausländer mit Fluchthintergrund in Ingolstadt vom Freistaat Bayern auf die zu erfüllende Quote nach der DVAsyl angerechnet werden. Davon seien nur 122 AsylbLG-Leistungsberechtigte, die über 18 Jahre alt seien und die dezentral in Ingolstadt untergebracht seien. In den letzten zwei Jahren habe man in Ingolstadt keine Asylbewerber dezentral aufnehmen müssen, da die Quote der Stadt Ingolstadt über die ANKER-Einrichtung und die in Ingolstadt lebenden bleibeberechtigten Geflüchteten erfüllt sei. Von den 122 seien bereits viele am ersten Arbeitsmarkt beschäftigt, daher bleibe nur noch eine kleine Gruppe übrig, für die eine Arbeitsgelegenheit organisiert werden könne. Daher habe man eine völlig andere Situation als in den ersten Jahren nach 2015. Deshalb soll nun eine andere Strategie auch im Hinblick der Haushaltskonsolidierung vorgeschlagen werden. Es werde kein zusätzliches Personal benötigt, um Arbeitsangelegenheiten im derzeit sinnvollen Umfang zu administrieren. Es werden nach und nach weitere AGH-Einsatzmöglichkeiten geschaffen und wenn möglich besetzt.

Stadtrat Dr. Kern merkt an, dass Stand Mai 2023 sieben AGH-Stellen besetzt seien, doch er ist der Meinung, dass die Zahl noch erhöht werden könne. Jeder der integriert werde, sei ein Gewinn und eine gute Sache für die Zukunft.

Bürgermeisterin Kleine bedankt sich für das Zitat der Zahlen, denn daran sehe man, in welchem Bereich man stehe, obwohl sich an allen Ecken bemüht worden sei. Weiter hakt sie nach, ob es im Tierheim im Moment jemanden gebe.

Stadtrat Ettinger teilt mit, dass er eine E-Mail schreiben werde, denn im Tierheim gebe es immer den Bedarf an Leuten, die helfen.

Bürgermeisterin Kleine äußert, dass in einer Sitzung bereits darüber gesprochen worden sei und zum Beispiel im Zoo Wasserstern bereits eine Arbeitsgelegenheit eingerichtet und auch besetzt werden konnte. Das Tierheim sei damals ebenso genannt worden, doch dort habe es bislang nicht funktioniert. Man spreche dabei nur über zwei Handvoll Personen, die dort benötigt werden.

Stadträtin Segerer ist der Meinung, wenn es sich um 10 Personen handle, dass dies händelbar sein sollte.

Frau Nehir schildert, dass das Team des Amtes für Soziales, das die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz auszahle im Moment massiv mit der Einführung der Bezahlkarten beschäftigt sei. Der Monat Juli sei der erste Monat, in dem die Bezahlkarten ausgehändigt worden seien, sowohl in der ANKER-Einrichtung als auch für die Bewohner der Gemeinschaftsunterkunft und für dezentrale untergebrachte AsylbLG-Leistungsberechtigte. Weiter teilt sie mit, dass es eine App für die Bezahlkarte gebe, bei der die Asylbewerber sehen, wie viel Geld noch zur Verfügung stehe. Gerade in den ersten Wochen herrsche dabei viel Erklärungsbedarf bei den Geflüchteten, da dies neu ist. Daher habe das Team im Moment keine Zeit, das Thema Arbeitsgelegenheiten voranzubringen. Von den 122 Personen, die Herr Fischer erwähnt habe, sei die Hälfte in Arbeit und es bleiben rund 50 Personen übrig. Diese werden alle einzeln eingeladen, um zu sehen, was sie machen. Für jeden der keiner geregelten Tätigkeit nachgehe, werde etwas Passendes gesucht.

Stadtrat Werner hebt vor, dass man um jeden froh sei, egal ob Asylbewerber oder Langzeitarbeitslose Einheimische, der wieder arbeitet. Ebenso sei über gewisse Erfolge berichtet worden, daher stimme die SPD-Stadtratsfraktion der Verwaltungsvorlage zu.

Stadträtin Mader will in Erfahrung bringen, ob es möglich sei, in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses neue Zahlen zu bekommen.

Frau Nehir bestätigt dies.

Stadtrat Ettinger bringt vor, dass es viele vernünftige und sachliche Grundlagen gebe und er daher zustimmen werde. Auf der einen Seite werden händeringend Leute gesucht, die sich am Arbeitsprozess beteiligen, da viel Arbeit liegenbleibe und dadurch Not entstehe und somit keiner zurückgelassen werden könne.

Auf der anderen Seite erhöhe es seiner Meinung nach die Akzeptanz der Geflüchteten in der Bevölkerung.

Bürgermeisterin Kleine hakt nach, ob über die Vorlage der Verwaltung abgestimmt werde oder ob sie nur bekanntgegeben werde.

Herr Fischer ist der Ansicht, dass die Bekanntgabe ausreiche und ein Beschluss nur notwendig sei, wenn aus Sicht des Stadtrates zusätzliche Planstellen im Amt für Soziales geschaffen werden sollen, um die Arbeitsgelegenheiten schneller und in größerem Umfang zu organisieren. Der Vorschlag der Verwaltung sei gewesen, sozusagen personell „mit Bordmitteln“ zu arbeiten. Herr Fischer bedankt sich bei dem ganzen Team im Amt für Soziales für den reibungslosen Einführungsprozess der Bezahlkarten. Es sei ein großes Projekt gewesen, das in sehr kurzer Zeit umgesetzt wurde und dadurch auch viele Fortbildungsbedarfe bei den Mitarbeitenden ausgelöst hätte. Dennoch habe man es in kurzer Zeit auch mit der Sondersituation aufgrund der ANKER-Einrichtung hinbekommen. Herr Fischer bittet um Verständnis, dass in Abstimmung mit der Staatsregierung der Arbeitsschwerpunkt der letzten Monate auf dem Projekt Bezahlkarte lag.

Stadtrat Dr. Kern teilt mit, dass die CSU-Stadtratsfraktion den Antrag gestellt habe, um das Ganze darzustellen, doch nun sei das Thema dankenswerterweise mit Bordmitteln geschildert worden. Ebenso habe Frau Nehir in Aussicht gestellt, dass dieses Thema nicht vergessen werde und somit sei man gut unterwegs und damit sei auch die Ausschussbefassung ideal in dem Sinne, dass Bordmittel angewendet werden. Wichtig sei, dass sich um alle Themen gekümmert werde und niemand zurückgelassen werde.

Bürgermeisterin Kleine ist der Meinung, dass die beiden Anträge den Eindruck erwecken sollen, dass man schneller vorankommen soll und mehr getan werden soll.

Stadtrat Ettinger hakt nach, ob Frau Bürgermeisterin Kleine unterstelle, dass die Verwaltung kritisiert werde.

Bürgermeisterin Kleine teilt mit, dass sie es so verstanden habe, dass mehr getan werden soll.

Stadtrat Ettinger bringt vor, dass das Thema priorisiert werden soll, so wie es im Antrag stehe. Doch die Verwaltung soll damit nicht kritisiert werden.

Stadträtin Segerer teilt mit, dass sie und Stadträtin Krumwiede den gleichen Eindruck wie Bürgermeisterin Kleine hatten.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird bekanntgegeben.

8 . **Arbeitspflicht für Flüchtlinge für gemeinnützige Arbeiten in Ingolstadt**

Antrag der AfD-Stadtratsfraktion vom 29.02.2024
Vorlage: V0190/24

Antrag:

die AfD-Stadtratsfraktion stellt folgenden **Antrag**:

Der Saale-Orla-Kreis hat es vorgemacht, und die Arbeitspflicht für gemeinnützige Arbeiten für Flüchtlinge eingeführt. Wer sich nicht daran hält, muss finanzielle Einbußen hinnehmen.

Nach Informationen aus dem Münchner Merkur müssen Flüchtlinge ab sofort täglich vier Stunden arbeiten und bekommen dafür 80 Cent die Stunde, also 64 € extra im Monat, die auf die Bezahlkarte geladen werden. Wer sich nicht an die Arbeitspflicht hält, bekommt hingegen von seinen Ansprüchen 180€ abgezogen.

Die nichtarbeitsberechtigten Flüchtlinge werden zu allgemeinnützigen Tätigkeiten wie Straßenreinigung, Reinigung der Asylunterkünfte, Schneeräumen usw. angehalten.

Bezugnehmend auf den Saale-Orla-Kreis beantragt die AfD-Fraktion im Ingolstädter Stadtrat:

1. Die Stadt Ingolstadt informiert sich beim Saale-Orla-Kreis über den genauen Wortlaut und die Konditionen des Beschlusses.

2. Die Stadt Ingolstadt übernimmt nach Beratungen innerhalb der Fraktionen den Beschluss des Saale-Orla-Kreises.

Diskussion und Beschlussfassung siehe V0385/24.

Stellungnahme der Verwaltung
(Referent: Herr Fischer)
Vorlage: V0385/24

Antrag:

5. Die rechtliche Möglichkeit Asylbewerbern im laufenden Asylverfahren und abgelehnten Asylbewerbern (Geduldeten) eine Arbeitsgelegenheit anzubieten ergeben sich bundeseinheitlich aus § 5 AsylbLG. Bei unbegründeter Ablehnung einer solchen Tätigkeit bestehen nur noch eingeschränkte Leistungsansprüche nach § 1a AsylbLG.
6. Da Bundesrecht durch Beschlüsse eines Kreistages oder Stadtrates nicht geändert werden kann, ist eine Übernahme eines eventuellen Beschlusses des Saale-Orla-Kreises weder erforderlich noch sinnvoll.

Der Antrag der AfD-Stadtratsfraktion V0190/24 und der Antrag der Verwaltung V0385/24 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

9 . Präsentation der Ergebnisse der Umfrage zum Ehrenamtsabend und Empfehlungen zur Verbesserung der Unterstützung für Ehrenamtliche

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 20.09.2023
Vorlage: V0837/23

Antrag:

im Rahmen des letzten Ehrenamtsabends wurde eine Umfrage durchgeführt. Eine der Fragen lautete: „Wie könnte die Stadt Ingolstadt die Vereine zukünftig noch besser unterstützen?“ Auf Platz eins der Antworten landete „Abbau von Bürokratie“.

Aus diesem Grund stellt die SPD-Stadtratsfraktion folgenden

Antrag:

Der nächste Ehrenamtsabend der Stadt Ingolstadt greift das Thema Unterstützung, Transparenz und Bürokratieabbau auf. Die Stadtverwaltung erarbeitet ein Konzept, konkrete Vorschläge und Wünsche von den Ehrenamtlichen zu erfassen. Diese werden geprüft und nach Möglichkeit umgesetzt.

Diskussion und Beschlussfassung siehe V0374/24.

Stellungnahme der Verwaltung

(Referent: Herr Fischer)

Vorlage: V0374/24

Antrag:

Die Ergebnisse der Umfrage zum Thema „Ehrenamt in Ingolstadt“ werden zur Kenntnis genommen.

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion V0837/24 und der Antrag der Verwaltung V0374/24 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Stadtrat Werner merkt an, dass man sich seit Jahren bemühe, um die Unterstützung der Ehrenamtlichen voranzutreiben. Deshalb habe es nun diesen Antrag gegen, doch ganz zufrieden sei man mit der Stellungnahme nicht, da die SPD-Stadtratsfraktion ausdrücklich wollte, dass den Ehrenamtlichen noch die Gelegenheit gegeben werde, um konkrete Vorschläge zu machen. Er bittet darum, diesen Punkt aufzunehmen, denn dann sei die SPD-Stadtratsfraktion bereit dazu mit dieser Stellungnahme mitzugehen.

Frau Nosse merkt an, dass in der Befragung konkret nachgefragt worden sei, wo bürokratische Hürden bestehen. Diese einzelnen Antworten seien dann mitaufgenommen worden und es seien daraus Schlüsse gezogen worden. Man sei im Freiwilligenzentrum für Fragen und Probleme offen und die Vereine und Ehrenamtlichen können gerne auf die Stadt Ingolstadt zukommen. Die Idee sei gewesen, ein EhrenamtsWiki zu machen, da man festgestellt habe, dass es die Informationen gebe und man sie nur finden müsse. Dies soll auf der Seite des Freiwilligenzentrums gesammelt werden, um dort alle Informationen finden zu können.

Herr Fischer ergänzt, dass man festgestellt habe, dass einiges nicht mehr lokal lösbar sei, was es an Herausforderungen für das ehrenamtlichen Engagement gebe.

Daher sei man froh, dass derzeit parallel auch die Bayerische Staatsregierung das Thema auf Landesebene aufgreifen werde und ein Gesetz zur Erleichterung des Ehrenamts auf den Weg bringen wolle, das alle bayerischen Behörden zum ehrenamtsfreundlichen Vollzug anhalten soll, sodass bei sämtlichen Verwaltungshandeln der Aufwand für das Ehrenamt so gering wie möglich gehalten werde. Künftig soll der Grundsatz „Vertrauen bekommt, wer Vertrauen bedient“ gelten, sodass ehrenamtlich durchgeführte, regelmäßig wiederkehrende gleichartige Veranstaltungen nur einmal genehmigt werden müssen. Ebenso sei das Thema straßenverkehrsrechtliche Regelungen bei Umzügen bisher ein sehr bürokratisches Thema, und auch das soll erleichtert werden, indem man künftig nicht überall Polizei oder Feuerwehr benötigt, um den Verkehr zu regeln, denn es könne auch ein erfahrener Veranstalter mit entsprechendem Personal und auch ein Kostenprivileg für das Ehrenamt soll eingeführt werden. Dazu soll auch das bayerische Kostengesetz und auch das bayerische Feuerwehrgesetz noch einmal geändert werden, um möglichst wenig Kosten für ehrenamtliches Engagement von Seiten des Staates oder der Kommunen zu verursachen.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird bekanntgegeben.

**10 . Pflegebedarfsanalyse und Pflegebedarfsprognose
(Referent: Herr Fischer)
Vorlage: V0360/24**

Antrag:

1. Der Bericht zur Pflegebedarfsanalyse und zur Pflegebedarfsprognose wird bekannt gegeben.
2. Die Aufstellung der durch die Stadt Ingolstadt ergriffenen Maßnahmen zur Stärkung der pflegerischen Sorgestrukturen sowie der Angebote für Betroffene und deren Angehörige wird bekannt gegeben.

Herr Scheels erklärt anhand der Präsentation die den Ausschussmitgliedern vorliegt und geht auf alle Details der Präsentation ein.

Bürgermeisterin Kleine bedankt sich bei Herrn Scheels für die gute Darstellung.

Herr Hofmann führt aus, dass man sich sehr stark an dem gemeinsamen Strategiepapier „Gute Pflege. Daheim in Bayern“ des bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege und der bayerischen kommunalen Spitzenverbände orientiere und man im Bereich der Pflege alles tue, was als Kommune möglich sei. Dies bedeute unter anderem, dass die Schaffung teilstationärer und vollstationärer Pflegeplätze finanziell durch die Stadt unterstützt werde, wenn es zu Investitionen komme. Es werde auch auf staatliche Förderprogramme hingewiesen, auch gegenüber der ARGE Wohlfahrt, die von der Stadt reaktiviert worden sei. Ebenso werde die Fachausbildung bzw. die Vorklasse der Pflegeausbildung und dergleichen unterstützt. Dennoch sei es wichtig zu wissen, dass die Einflussmöglichkeiten der Stadt Ingolstadt im Bereich der Pflege begrenzt sei, solange man nicht selber Einrichtungen betreibe. Des Weiteren teilt Herr Hofmann mit, dass es noch ein paar Stellschrauben gebe bezüglich der vorgeschlagenen Pflegekonferenzen und die Nutzung der Förderprogramme, die der Freistaat aufsetze, doch dazu komme im nächsten Tagesordnungspunkt mehr.

Stadträtin Mayr möchte wissen, ob es Zahlen gebe, die belegen, wie viel Ingolstädterinnen und Ingolstädter Ingolstadt verlassen mussten, um einen Pflegeplatz zu finden.

Herr Scheels teilt mit, dass es darüber keine Statistik gebe und dafür eine extra Befragung organisiert werden müsse. Vor 10 Jahren sei eine Untersuchung gemacht worden und es seien alle Pflegeheime in der Region angeschrieben worden. Dabei habe sich herausgestellt, dass das Verhältnis der Ingolstädter, die im Umland einen Pflegeplatz hatten und auch das Verhältnis derer, die vom Umland in Ingolstadt einen Pflegeplatz hatten ungefähr ausgeglichen gewesen sei. Auch in den umliegenden Landkreisen habe sich in den letzten Jahren nicht viel an der Zahl der Pflegeplätze verändert. Herr Scheels denkt, dass durch das Pflegestärkungsgesetz sich auch die Verschiebungen nicht verändert haben.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird bekanntgegeben.

- 11 . **Aufbau von Pflegekonferenzen nach § 8a Abs. 3 SGB XI i.V.m. Art. 77 a Abs. 2 AGSG und Einrichtung aufsuchender Seniorenarbeit mit Fördermöglichkeit über die Richtlinie zur Stärkung der Pflege im sozialen Nahraum (GutePflegeFÖR) vom 22.09.2023**
(Referent: Herr Fischer)
Vorlage: V0330/24

Antrag:

1. Der Stadtrat beschließt die Einrichtung von Pflegekonferenzen nach § 8a Abs.3 SGB XI i.V.m. Art. 77a Abs. 2 AGSG unter Voraussetzung einer Förderbewilligung aus der GutePflegeFÖR, verbunden mit der Einrichtung einer Planstelle von 0,5 VZÄ in der QE3, begrenzt auf die Förderlaufzeit von zunächst 3 Jahren (KW-Vermerk 31.12.2027). Die Stelle wird im Stellenplan 2025 ausgewiesen.
2. Der Stadtrat beschließt die Einrichtung aufsuchender Seniorenarbeit in Ingolstadt unter Voraussetzung einer Förderbewilligung aus der GutePflegeFÖR, verbunden mit der Einrichtung von Planstellen im Umfang von 1,5 VZÄ in S11b, begrenzt auf die Förderlaufzeit von zunächst 3 Jahren (KW-Vermerk 31.12.2027). Die Stellen werden im Stellenplan 2025 ausgewiesen.

*Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion **V0424/24** und der Antrag der Verwaltung **V0330/24** werden gemeinsam diskutiert und behandelt.*

Stadtrat Werner merkt an, dass die SPD-Stadtratsfraktion nicht wusste, dass die Verwaltung bereits Aktivitäten in diese Richtung gestartet habe. Deshalb sei der gestellte Antrag mit den Vorschlägen der Verwaltung erledigt. Die Initiative der Verwaltung werde sehr begrüßt, denn dies sei ein geeignetes Instrument, um einige der Probleme in diesem Bereich einer Lösung näher zu bringen.

Herr Fischer ist erfreut, dass die breite Mehrheit im Ausschuss für den Vorschlag sei. Die Situation sei sehr herausfordernd in den nächsten Jahren und es seien viele Maßnahmen zu ergreifen, um den Pflegebedarf auch künftig noch decken zu können.

Das Ziel für Ingolstadt sei es, durch die aufsuchende Seniorenarbeit einen zusätzlichen Baustein zur Pflegeprävention zu etablieren. Das Ziel eines möglichst lange „Selbstbestimmten Lebens im Alter“ verfolge man bereits mit dem SeLA-Konzepten in den hochverdichteten Stadtvierteln. Es gebe aber Seniorinnen und Senioren im gesamten Stadtgebiet, doch z.B. in Irgertsheim sei die Anzahl zu gering, um ein stationäres SeLA-Projekt aufzulegen. Dennoch wolle man auch die Bürgerinnen und Bürger, die hochbetagt in den eingemeindeten Ortsteilen leben mit der aufsuchenden Arbeit erreichen, um ihnen das selbstbestimmte Leben zu Hause ermöglichen zu können. Ein weiterer Vorteil sei, dass für diese pflegepräventiven Aufgaben nicht zwingend Pflegefachkräfte eingesetzt werden müssen, sondern auch weitere Berufsgruppen heranziehen könne, die diese Arbeit übernehmen. Die überregionalen Studien zeigen, dass wenn aktiv auf Angebote hingewiesen werde und man so auch einer Vereinsamungstendenz entgegenwirke, sehr positive Effekte für die Seniorinnen und Senioren erzielt werden können. Des Weiteren merkt Herr Fischer an, dass in Ingolstadt in der Vergangenheit sehr viel in Angebote für Kinder und Jugendliche investiert worden sei, doch nun stehe man vor dem demografischen Wandel der Stadtgesellschaft und deshalb sei es trotz der Haushaltslage wichtig, mehr für die Seniorinnen und Senioren zu tun.

Stadtrat Dr. Kern merkt an, dass auch die CSU-Stadtratsfraktion einen großen Handlungsbedarf bei diesem Thema erkenne. Aufgrund des städtischen Haushaltes, habe er noch ein Anliegen. Dies sein ein Themenfeld, das angegangen werde müsse, um den älteren Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Ingolstadt adäquate Unterstützung anbieten zu können. Beim Konsolidierungspaket habe man jedoch mitbekommen, dass wenn man mit neue freiwillige Leistungen Neuland betrete, dies gut überlegt werden müsse. Es sei dennoch eine sehr sinnvolle Maßnahme, und er hoffe, dass es nicht so schlimm kommen werde, doch die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache, doch vielleicht ergebe sich ein Finanzierungsvorschlag. Er bittet darum, dieses Thema noch einmal zurück in die Fraktionen zu geben, um erneut mit dem heutigen Input der Maßnahmen beraten zu können

Herr Fischer führt aus, dass der Vorschlag der Verwaltung gerade im Hinblick auf die kommunale Haushaltslage die Nutzung des Förderprogramms „Gute Pflege in Bayern“ des Freistaates sei. Dieses Förderprogramm sei nachhaltiger als vorherige Förderprogramme, die häufig nur eine Anschubfinanzierung geboten hätte. Hier starte man mit einer 70 prozentigen Förderung für 3 Jahre, doch es werde in Aussicht gestellt, dass auch ab dem 4. Jahr weiterhin das dafür eingesetzte Personal , mit 60

Prozent von staatlicher Seite finanziert werde. Bezüglich der Beurteilung sei er sich mit dem Personalreferenten nicht ganz einig, ob dies eine freiwillige Aufgabe sei, denn laut § 71 SGB XII sei die Altenhilfe eine Aufgabe, die der Sozialhilfeträger und damit die Stadt Ingolstadt als Pflichtaufgabe habe. Herr Fischer ist der Meinung, dass man aufgrund des demografischen Wandels in der Verpflichtung stehe, die Altenhilfevorschriften noch einmal genau anzuschauen, was genau die Aufgabe des örtlichen Sozialhilfeträger sind. In Paragraph 71 sei ersichtlich, dass genau die Aufgaben beinhaltet sein, die man bereits mache und ergänzend mit der aufsuchenden Seniorenarbeit vorschlage: Beratung und Unterstützung im Vorfeld von Pflege, insbesondere in allen Fragen des Angebotes an Wohnform oder Pflegeleistungen, Beratung in allen Fragen der Inanspruchnahme, Altersgerechte Dienste. Dies seien alles Pflichtleistungen, die im Gesetz stehe. Herr Fischer denkt, es sei sehr wichtig, dass auch Herr Kuch von seiner Seite noch einmal schaut, ob die Kategorien passen. Denn aus der Sicht von Herrn Fischer handle es sich nicht um freiwillige Tätigkeiten, sondern um Tätigkeiten die das Gesetz vorschreibt. Bezüglich der Finanzierungsvorschläge teilt Herr Fischer mit, dass die möglichen Vorschläge die „gelben“ und „roten“ Maßnahmen in den vorliegenden Unterlagen zur Haushaltskonsolidierung seien. Falls jedoch die Erwartung sei, dass die zusätzlichen Kosten für den 30 Prozent Anteil, den man als Stadt für die Realisierung der aufsuchenden Seniorenarbeit und die Pflegekonferenz selbst zu tragen habe, da der Freistaat nur 70 Prozent fördere, an anderer Stelle eingespart werden solle, dann müsse aus seiner Sicht auf den „gelben“ Maßnahmenkatalog zugegriffen werden. Er könne dabei nur die „gelben“ Maßnahmen des Sozialreferates vorschlagen. In der Gesamtabwägung des Stadtrates könne aber überlegt werden, ob in anderen Aufgabenbereichen bisher gelbe Maßnahmen aus dem Haushaltskonsolidierungspaket umgesetzt werden, bevor im Sozialbereich die gelben oder roten Maßnahmen angegriffen werden.

Stadtrat Werner ist der Meinung, dass dies eine Pflichtaufgabe sei, wie auch die Planung für die Versorgung mit Pflegeplätzen, denn die Bevölkerung brauche es dringend. Die Frage bezüglich der Finanzierung sei eine Frage, die im Finanzausschuss geklärt werden soll. Für die SPD-Stadtratsfraktion sei es eine starke Motivation gewesen, diesen Antrag zu stellen, neben der sachlichen Notwendigkeit, dass es eine langfristig angelegte Förderung gebe. Er bittet darum, dass im Sozialausschuss dieses Thema keinesfalls in Frage gestellt werden soll, denn eine Förderung von 70 Prozent zum Anschub und dann eine langfristig angelegte weitere Förderung dürfe man sich nicht entgehen lassen.

Bürgermeisterin Kleine teilt mit, dass die Beschlussvorlage zurück in die Fraktionen genommen werde. Es sei die Dringlichkeit dargestellt worden, dass in diese Richtung auch personell unbedingt unterstützt werden muss, denn ansonsten seien die Bürgerinnen und Bürger alleine Zuhause.

Der Antrag der Verwaltung wird zur Beratung zurück in die Fraktion gegeben.

hierzu: Gründung einer Ingolstädter Pflegekonferenz
-Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 11.06.2024-
Vorlage: V0424/24

Antrag:

Die Gesundheitsregion^{plus} der Stadt Ingolstadt richtet Pflegekonferenzen als regionalen Ausschuss nach § 8a Abs. 3 SGB XI aus.

Diskussion und Beschlussfassung siehe V0330/24.

- Hiermit ist der öffentliche Teil der Sitzung beendet. -